

Silke Oldenburg / Kristofer Lengert

Der Weg der paramilitärischen „Autodefensas Unidas de Colombia“ zur politischen Anerkennung

Abstract

Im Rahmen der Friedensverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und den paramilitärischen *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) wurde erstmals öffentlichkeitswirksam über deren Demobilisierung verhandelt. Die AUC beabsichtigen damit, ihre Transformation vom militärischen hin zum politischen Akteur in der Öffentlichkeit zu vollziehen, wobei sich jedoch eine reale Auflösung der militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der paramilitärischen Netzwerke nicht abzeichnet. Anhand einer diskursanalytischen Untersuchung wird der Wandlungsprozess im Diskurs der AUC betrachtet, der ihnen den Weg zu ihrer politischen Legitimierung und rechtlichen Legalisierung geebnet hat.

Schlüsselbegriffe: Kolumbien, Paramilitarismus, kritische Diskursanalyse
Eingang des Manuskripts: 07.09.2005; angenommen: 06.06.2006

Silke Oldenburg

M.A., Ethnologin, forschte für ihre Masterarbeit 2004 in Bogotá zum Thema Lebensrealitäten jugendlicher Binnenflüchtlinge im Kontext städtischer Gewalt.

✉ Friedelstr. 61, 12047 Berlin; E-Mail: silke.oldenburg@web.de.

Kristofer Lengert

Diplom-Politikwissenschaftler, verfasste 2006 seine Diplomarbeit über „Transformation paramilitärischer Strukturen in Kolumbien“.

✉ Boddinstr. 42, 12053 Berlin; E-Mail: kristoferlengert@yahoo.de

Resumen

Silke Oldenburg / Kristofer Lengert

**Las paramilitares “Autodefensas Unidas de Colombia”
en camino al reconocimiento político**

En los diálogos de paz entre el gobierno colombiano y las *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC), se negoció por primera vez –con amplia difusión pública– la desmovilización de los grupos paramilitares. Las escenificadas desmovilizaciones, intentan establecer la imagen de una transformación del actor militar al actor político en la opinión pública. Una ruptura real de las estructuras militares, económicas y sociales de las redes paramilitares no se lleva a cabo. Por medio de un análisis del discurso se examinan las líneas directivas y los mecanismos del discurso paramilitar, que dio inicio a un cambio en la percepción de los grupos paramilitares y les abrió el camino a la legitimación política y legalización jurídica.

Summary

Silke Oldenburg / Kristofer Lengert

**The Paramilitary “Autodefensas Unidas de Colombia” and
Their Road to Political Recognition**

From the highly publicized peace dialogs between the Colombian Government and the paramilitary groups, *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC), emerged the consensus to demobilize AUC. The seemingly staged demobilization tried to establish in the public’s mind an image of transformation of the military actor into a political actor. A real break among the military, economic and social structures of the paramilitary groups does not happen. Using discourse analysis, the directive lines and the mechanisms of the paramilitary discourse, which initiated a change in the perception of the paramilitary groups and thus opened the way for political and legal legitimization, will be analyzed.

Einleitung

„¡Por fin vamos a dejar de ser la amante y pasar a ser la esposa!“¹ – Diese Metapher der nicht anerkannten Geliebten, die „endlich“ zur legitimen und rechtmäßig anerkannten Ehefrau aufsteigt, ist richtungweisend für die politische Selbstdarstellung der paramilitärischen *Autodefensas Unidas de Colombia*² in Kolumbien³. Dieses Bild verdeutlicht zweierlei: zum einen die zielgerichtete und selbstbewusste Forderung der Paramilitärs nach politischer Legitimierung und Legalisierung, die sich hier nicht als Hoffnung, sondern als Fakt präsentiert, zum anderen den strategischen Umgang der AUC sowie ihre gezielte Inszenierung über die Medien.

Mit dem Regierungsantritt des amtierenden Präsidenten Álvaro Uribe Vélez im Jahr 2002 begann eine offizielle Annäherung zwischen Regierung und den paramilitärischen AUC. Dies bedeutete ein Novum in der kolumbianischen Konfliktgeschichte: Waren unter den vorherigen Präsidentschaften offizielle Gespräche mit Paramilitärs noch ausgeschlossen gewesen, so ließ sich vor allem nach den gescheiterten Friedensverhandlungen der vorangegangenen Regierung Pastrana (1998-2002) mit der größten Guerilla, den *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC), ein schrittweiser Wandel der Stimmung beobachten.

Neben ihren militärischen Kriegsoperationen gelang den AUC durch eine gut kalkulierte Medienpräsenz der Eintritt in eine diskursive Interaktion mit den Medien, die sowohl politischen Druck evozierte als auch eine starke Beeinflussung der öffentlichen Meinung erreichte. Es fand ein Wandlungsprozess in der Wahrnehmung der paramilitärischen Gruppen statt, der einer politischen Legitimierung der AUC sowie auch ihrer rechtlichen Legalisierung den Weg ebnete.

Im Verlauf der Friedensdialoge kam es bis Mai 2006 zu einer wundersamen Söldnervermehrung. Die Zahl der Demobilisierten stieg auf über 30.000 bei mutmaßlich noch 8.000 Kämpfern unter Waffen⁴. Die Zahl der zu demo-

¹ Auf die von Redakteuren der Tageszeitung El Tiempo gestellte Frage „¿Cuáles van a ser sus relaciones en el futuro con las Fuerzas Militares y sectores políticos y económicos que los apoyaron?“ antwortete Carlos Castaño am 4. Dezember 2003: „En un término muy criollo, muy antioqueño, por fin vamos a dejar de ser la amante y pasar a ser la esposa!“, in: http://www.cinep.org.co/img_upload/5dfe91ef831af25433da0c34565699d0/Pacto_de_lealtades_e_impunidad.pdf (30.05.06).

² *Autodefensas Unidas de Colombia* = Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens.

³ Verviesen sei an dieser Stelle auf die politikwissenschaftliche Diplomarbeit von Kristofer Lengert „Legitimierung und Transformation paramilitärischer Strukturen in Kolumbien“, die den Funktionswandel paramilitärischer Strukturen thematisiert.

⁴ „Estos son los seis desafíos que tendrá que enfrentar el próximo Presidente de Colombia“, in: El Tiempo, Bogotá, 28.05.2006; Download unter: www.colombialibre.org/detalle_col.php?banner=Pol%C3%ADticas&id=14634.

bilisierenden Paramilitärs wurde im Verlauf der Gespräche kontinuierlich nach oben korrigiert, wobei sich der Verdacht erhärtete, dass zusätzlich Zivilisten für die medienwirksame Demobilisierungsshow rekrutiert worden waren. Kritiker des Demobilisierungsprozesses sehen die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Reparation nicht gewährleistet und fürchten eine sich verstetigende Paramilitarisierung Kolumbiens, da sich eine reale Auflösung der militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der paramilitärischen Netzwerke nicht abzeichnet (ai 2005).

Der Friedensprozess der AUC mit der Regierung stellt für uns ein diskursives Feld, also einen flexiblen Raum dar, in dem durch sprachliche Praxis Macht produziert bzw. reproduziert wird. Prämisse hierfür ist eine Resonanzbasis, ohne die eine weite gesellschaftliche Rezeption nicht möglich wäre. Diskurse sind bestimmend bei der Durchsetzung und Formierung von Bedeutung, Wirklichkeit und Identität, aus der sich das Ziel einer strategischen Nutzung dieser diskursiven Räume ableitet. Im Rahmen der Friedensdialoge ist der Umgang mit den Paramilitärs Teil einer integralen gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in dem bei vielen Personen das Bedürfnis besteht, ihre Wahrnehmung der AUC zu thematisieren.

Durch eine diskursanalytische Perspektive werden im Folgenden die rhetorischen Manöver der AUC im Zeitraum von April 2002, kurz vor dem Amtsantritt Uribes, bis Juni 2005, der Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes *Justicia y Paz*, untersucht. Durch die Konzentration auf diesen speziellen Zeitraum illustrieren wir die rational kalkulierten diskursiven Strategien und Mechanismen, welche die AUC seit Amtsantritt des von ihnen unterstützten Präsidentschaftskandidaten angewendet haben, um ihr Ziel einer politischen Anerkennung zu erreichen.

Im Hinblick auf die Resonanz der regelmäßig publizierten Communiqués und Verlautbarungen stellt die gesellschaftliche Rezeption und diskursive Interaktion mit den kolumbianischen Massenmedien einen machtbestimmenden und wirklichkeitskonstruierenden Faktor dar. Durch ihre mediale Offensive und mit Rekurs auf gesellschaftlich diskutierte Felder eröffneten sich die AUC eine Basis, ihre eigenen Positionen kontinuierlich und nachdrücklich publik zu machen – einen Raum, der ihnen andererseits durch die Rezeption in den Medien auch gewährt wurde.

Der kolumbianische Paramilitarismus – Genese und Transformation

Historische Wurzeln

Kolumbien zeichnet sich durch eine hochgradige gesellschaftliche Fragmentierung aus, da die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols vor allem an den privaten Interessen jener regionalen Eliten scheiterte, die sich seit der Unabhängigkeit Kolumbiens 1819 durch postfeudale Parallelstrukturen (Kurtz 2005a: 15) kontinuierlich etablieren konnten. Hieraus entwickelten sich vielgestaltige Mikrokosmen (Oldenburg 2006: 22), deren Herrschafts- und Machtverhältnisse auf klientelistischen Strukturen sowie der Implementierung eigener Interessen durch Allianzen mit paramilitärischen Gruppierungen basierten und die als Garant der Aufrechterhaltung und Konsolidierung des jeweilig herrschenden Status quo galten (PNUD 2003: 29).

Der kolumbianische Paramilitarismus konstituiert sich als historisches, heterogenes und flexibles Phänomen. Im Laufe der konfliktreichen Geschichte Kolumbiens wandelte er seine Aktionsformen und Erscheinungsbilder, passte sich den unterschiedlichen regionalen und politischen Gegebenheiten an und unterstützte gegebene Herrschaftsstrukturen gegen oppositionelle Bewegungen, die er teilweise übernahm, um als eigenständiger Akteur selber Herrschaft zu konstituieren (García-Peña Jaramillo 2005: 58).

Rechtliche Grundlagen paramilitärischer Strukturen zu Zeiten des Kalten Krieges

In Reaktion auf die vorherrschende ungerechte Landverteilung, den asymmetrischen Zugang zu Ressourcen sowie die starke Limitation der politischen Partizipation der Bevölkerung aufgrund der ausgeprägten klientelistischen Verhältnisse entstanden vor allem ausgehend vom Bürgerkrieg der *Violencia* (1948-1958) Formen sozialer Opposition, die sich Anfang der 1960er Jahre um verschiedene Guerillaorganisationen (die beiden größten: FARC und ELN) ergänzten. Im Kontext des Kalten Krieges reagierte der Staat auf diese Entwicklungen mit den Dekreten von 1965 (Nr. 3398) und 1968 (Nr. 48) und schuf damit die legale Basis für die Bewaffnung und Ausbildung von Zivilisten durch das Militär mit dem Ziel einer repressiven Aufstandsbekämpfung. Diese Grundlage hatte bis 1989 Bestand und endete mit der Einstufung paramilitärischer Gruppen als terroristische Organisationen durch die Regierung Virgilio Barco (ICG 2003: 5).

Entwicklung in den 1980er Jahren: Amalgamierung mit dem Drogenhandel

Die Strukturen, aus denen die heutige AUC entstand, gehen auf die 1980er Jahre zurück. Einhergehend mit Demokratisierungs- und Dezentralisierungstendenzen unter der Regierung Betancur setzte die traditionelle reformunwillige Elite gezielt Todesschwadronen gegen die erstarkende soziale und politische Opposition ein. Der Grundstein für die Entstehung paramilitärischer Gruppen war mit der Schaffung der *Muerte a Secuestradores* (MAS) gelegt: Vordergründig als Selbstverteidigungsgruppen gegen die Entführungspraxis der Guerilla im Magdalena Medio organisiert, agierten die MAS als Todesschwadronen für regionale politische Eliten, Großgrundbesitzer, Drogenkartelle und transnationale Unternehmen, die ein Interesse an der Ausschaltung von Opposition und sozialen Bewegungen sowie der weitreichenden territorialen Erschließung wirtschaftlich profitabler Gebiete besaßen. Die Organisation und Ausbildung paramilitärischer Gruppen geschah mit Rückendeckung von Militär und Polizei (Kurtenbach 2005a: 15). Die zweite Hälfte der 1980er Jahre führte zum Ausbau, der territorialen Expansion und zur Konsolidierung illegal angeeigneter Ländereien, denen Massaker und systematische Vertreibungen der Zivilbevölkerung vorausgingen (González et al. 2002: 63). So entstand ein geostrategisch günstiger Ausgangspunkt im Magdalena Medio, von dem aus sich paramilitärische Strukturen entwickeln und verfestigen konnten. Durch Training bei ausländischen Söldnern gelang den Gruppen zudem eine weitreichende Professionalisierung ihrer militärischen Schlagkraft (Azzellini 2003: 253).

Finanziell bedeutsam war in dieser Dekade die enge Verbindung mit dem Medellín-Kartell um Pablo Escobar, durch die sich eine Amalgamierung der paramilitärischen Gruppen mit der Drogenökonomie entwickeln konnte (Zi-necker 2004: 29).

Die 1990er – Das paramilitärische Projekt emanzipiert sich

In rascher Zeit gelang es den Brüdern Castaño – den Führungsfiguren der paramilitärischen Gruppen – Allianzen zu schließen und Anhänger zu rekrutieren. Ihre zunehmende Macht wird durch ihre Bündnispolitik verdeutlicht: Erst unterstützten sie Escobar und profitierten vom Drogengeschäft, um dann zum rechten Zeitpunkt mit den *Perseguidos por Pablo Escobar* (Los PE-PEs), dem Gründungskern eines paramilitärischen Netzwerks, im Verbund mit staatlichen Kräften und der US-amerikanischen *Drug Enforcement Agency* (DEA) das Medellín-Kartell zu stürzen und in der Folge dessen Strukturen zu übernehmen. Sie entwickelten sich kontinuierlich zu einem autonomen Ak-

teur, der durch das Militär protegert sowie von Staat und Eliten geduldet wurde (Zelik 2005: 4).

Unter Präsident Samper kam es 1994 zur Bildung so genannter Sicherheitskooperativen (CONVIVIR), die als Bürgerwehr die Wahrung ländlicher Sicherheit dort übernehmen sollten, wo dies der Staat nicht garantieren konnte (Romero 2003: 36, Human Rights Watch 1998). Diese Gruppen waren staatlich registriert, durch Militärs ausgebildet und stark bewaffnet worden. Schon bald wurden ihnen schwerste Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen, so dass sie 1998 aufgelöst wurden. Ebenfalls im Jahre 1994 begann der Zentralisierungsprozess der verschiedenen paramilitärischen Gewaltunternehmer (Romero 2003: 33). Es etablierten sich erste „Selbstverteidigungsblöcke“ wie 1994 die von Carlos Castaño angeführten *Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá* (ACCU), die eng mit den staatlichen Kräften kooperierten, aber unabhängige interne Strukturen verfestigten und sich vor allem durch Drogenhandel finanzierten (Duncan 2005: 21). Mit Gründung der AUC kam es 1997 zur Schaffung einer gemeinsamen Koordinierungsplattform (González et al. 2002: 64f.) der verschiedenen regionalen Blöcke, in die zum Großteil auch die CONVIVIR übergingen. Dies hatte eine Vergrößerung der Kampfstärke durch eine verbesserte militärische Infrastruktur und eine steigende Anzahl der Kämpfer zur Folge. Es etablierte sich eine Machtbasis, die sich ökonomisch auf Drogengelder und Söldnertätigkeiten u.a. für transnationale Firmen stützte und ergänzend ihren politischen Einfluss unter den konservativen Eliten stabilisierte. In Form schwerster Menschenrechtsverbrechen bei den Friedensverhandlungen der Regierung Pastrana mit der FARC implementierten sie eine Kommunikationsstrategie des Terrors (Lair 2004: 160f.), mit der sie ebenfalls als politischer Akteur in den Prozess einbezogen zu werden verlangten (Kurtenbach 2000: 224).

Dieser Autonomisierungsprozess der AUC (Romero 2003: 41) verdeutlicht die verschiedenen Wandlungen und Erscheinungsformen in der Geschichte der paramilitärischen Einheiten.

Die Friedensgespräche mit der Regierung Uribe

Die Aufnahme von Friedensgesprächen mit den AUC war eine Kehrtwende der kolumbianischen Regierungspolitik. Hatte Präsident Samper 1997 noch öffentlichkeitswirksam ein Kopfgeld auf den bis dahin maskiert auftretenden Castaño⁵ ausgesetzt, kam es unter der Regierung des rechten Hardliners Uribe (2002-2010) zu Annäherungsprozessen. Einer der ersten Überbringer von

⁵ Nachdem Fidel Castaño 1994 in einem Gefecht mit der Guerilla EPL (*Ejército Popular de Liberación*) getötet wurde, übernahm sein 14 Jahre jüngerer Bruder Carlos das Kommando über die paramilitärische Gruppe.

Glückwünschen für Álvaro Uribe Vélez war Salvatore Mancuso – neben Castaño damals die führende Person der AUC –, der sich befriedigt über den Ausgang der Wahlen des „AUC-Kandidaten“ zeigte⁶. Diese Aussage verdeutlicht den enormen Einfluss des Paramilitarismus auf das Machtgefüge im soziopolitischen Raum. Mit den Annäherungsversuchen gegenüber der Regierung startete die AUC eine massive PR-Kampagne, die von Carlos Castaño, der damaligen Galionsfigur des kolumbianischen Paramilitarismus, mitinitiiert und angeführt wurde. Sie verkündeten einen einseitigen Waffenstillstand, so, wie es Uribe als Bedingung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen vorgesehen hatte. In diesem Rahmen wurde nun erstmals über die Demobilisierung der paramilitärischen Einheiten – öffentlichkeitswirksam – verhandelt. Der Waffenstillstand trug zwar teilweise zur Reduzierung der Gewalt bei (Kurtenbach 2005b: 2), doch stabilisierten sich die AUC unter dem Deckmantel einer neuen ideologisch aufgeladenen Identität als politisch motivierter Akteur, der seit Verabschiedung des Gesetzespakets *Justicia y Paz* im Juni 2005 seine Strukturen legalisieren und transformieren konnte. Die paramilitärischen Transformationen werden in drei Phasen beschrieben: Von der Säuberung geostrategisch günstiger Territorien von sozialer Opposition über die Konsolidierung der Kontrolle über diese Regionen durch Akkumulation von Ressourcen, Etablierung und Umwertung gesellschaftlicher Bereiche in paramilitärische Strukturen, deren Höhepunkt die Ansiedlung einer loyalen, kooperativen Bevölkerungsbasis darstellt, hin zur Legitimierung und Legalisierung dieser Bereiche durch den Staat und seine Institutionen (González et al. 2002: 62), für die der Paramilitarismus als „Ordnungsfaktor“ (Azzellini 2003: 244) fungiert.

Der Paramilitarismus wird nie als singuläres Phänomen verstanden, sondern stets in Bezug zum Staat und seinen Institutionen gesetzt. Für die strukturelle Verantwortung des Staates für die Entstehung des Paramilitarismus steht das vielzitierte Motiv der Paramilitärs als „Sechster Division“ (Human Rights Watch 2001), wobei das reguläre kolumbianische Heer insgesamt fünf Divisionen umfasst. Hübner-Schmid und Huhle heben in ihrer GTZ-Länderstudie vor allem das Janusgesicht des kolumbianischen Staates hervor, der „zwei Staaten mit unterschiedlichen Logiken“ zeige. Der „Rechtsstaat“ müsse gegenüber dem „kriegsführenden repressiven Staat“ starke Einschnitte hinnehmen (Hübner-Schmid/Huhle 2003: 17).

⁶ In paramilitärischen Herrschaftsgebieten sind Zivilisten einer umfassenden Kontrolle und sozialen Konformität unterworfen. Neben Repression der Zivilbevölkerung wird der Rückhalt der AUC bei der politischen Elite durch die Aussage, dass schon ein Drittel aller Abgeordneten mit den Paramilitärs sympathisiere, deutlich. Dies erklärte Mancuso bei den Kongresswahlen am 10. März 2002: „Rapanazo de los paras al erario público“. http://historicos.elespectador.com/periodismo_inv/2004/septiembre/nota4.htm (30.05.2006).

Diskursanalyse als Grundlage und Werkzeug

„Diskurs (...) ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder Systeme der Beherrschung übersetzt, er ist dasjenige, worum und womit man kämpft“ (Foucault 1994: 8 in Huffschmid 2004: 17). Aus diesem Zitat Foucaults leitet sich die diskurstheoretische Annahme ab, dass sprachliche Praxis nicht nur in Machtverhältnisse eingebettet ist, sondern „... dass Texte... Politik produzieren...“ (Huffschmid 1994: 17). In diesem Sinne gehen wir von einem Macht konstituierenden im Gegensatz zu einem „machtneutralen“ oder „herrschaftsfreien“ Diskursbegriff aus, der nicht als Synonym für „Debatte, Abhandlung oder Dialog“ (miss)verstanden werden soll (Huffschmid 2004: 50; Link 1986: 5).

Jürgen Link definiert Diskurs folgendermaßen: „Wir verstehen darunter institutionalisierte, geregelte Redeweisen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und also Machtwirkungen ausüben“ (Link 1986: 71). Dabei ist Diskurs, allgemein formuliert, „Fluss von Wissen durch die Zeit“, bezeichnet also ein kontextabhängiges Instrument zur Durchsetzung von Interessen. Diskurse produzieren jedoch nicht nur Macht, sondern sind auch in gleicher Weise mit Gegenmacht verbunden. Siegfried Jäger spricht in diesem Zusammenhang von „einem ständigen Kampf der Diskurse“ (Jäger 2004: 130). Die Textproduktion generiert eine „Praxis der Bedeutungsproduktion“, die „jede Rede als soziale, politische und kulturelle Praxis“ konstituiert (Hall 1994: 156 in Huffschmid 2004: 46f.). Sprachliche Mittel werden strategisch eingesetzt, um als herrschaftslegitimierendes Werkzeug Diskurse aufzuwerfen, zu lenken oder zu etablieren. Gegendiskurse können die Produktion und Präsentation von Wirklichkeit beeinflussen und in eine andere Richtung treiben. Die Konfrontation von Diskursen zielt auf eine gesellschaftliche Anerkennung ab, welche die im Diskurs transportierten Wahrnehmungen legitimieren sollen. Es geht hierbei weder um Wahrheit noch um Lüge, sondern um die Konstruktion von Wirklichkeiten, die nicht diskurs-extern vorgegeben, sondern historisch diskursiv mittels Legitimierungsstrategien, Relativierungsstrategien etc. erzeugt werden (Jäger 2004: 127ff.). Eine Diskursanalyse strebt hierbei an, die „Funktionsmechanismen und Machteffekte“, die aus diesen sprachlichen Entscheidungen resultieren, zu beleuchten (Huffschmid 2004: 46f.).

Die Kämpfe der Konfliktakteure im Bürgerkrieg beschränken sich in dieser Perspektive nicht nur auf die militärische Ebene. Sie werden ebenfalls in den politischen, sozialen und kulturellen Räumen der Gesellschaft geführt. Weder Paramilitärs und Regierungstruppen noch die Guerilla können ihren Krieg losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen oder unabhängig von diesen führen. Die „Gesellschaft“ ist der Bezugspunkt der Kämpfe, an denen sie selbst beteiligt ist: indem sie ablehnt, zustimmt oder ignoriert, indem sie wahrnehmen, erzählen und berichten, indem sie gesellschaftliche Ordnungen

und Kämpfe als (de)legitim anerkennen kann bzw. gesellschaftliche und geschichtliche Ereignisse als wahr begreift oder nicht. Diese Kämpfe werden ausgetragen in den Räumen der Sinngebungen, im umkämpften Terrain der Diskurse (Barón Porrás 2002: 13ff.).

Die schon dargestellten drei Phasen des Paramilitarismus – Invasion, Konsolidierung und Legalisierung (González et al. 2002: 62) – illustrieren den auf Dauer notwendigen Kampf um die Deutungsmacht. Mit militärischer Gewalt kann man zwar erobern und durch Repression konsolidieren, doch eine stabile und dauerhafte Legitimierung etabliert sich erst durch sozialen Rückhalt und ist durch die „Macht der Diskurse“ (Foucault) formbar.

Auf der Suche nach Anerkennung und Legitimierung der Paramilitärs sind vor allem zwei Momente zentral: Die Gründung der AUC 1997 sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen Regierung und AUC 2003. Über die Zentralisierung der paramilitärischen Gruppen sowie durch die Schaffung einer einheitlichen Plattform konnten sich die AUC als Diskursträger etablieren und beginnen, sich am diskursiven Kampf aktiv zu beteiligen. Somit konnten sich die AUC als politischer Akteur artikulieren und bemerkbar machen (Bliesemann de Guevara 2002: 53f.). Die Chance der AUC als politischer, sozialer Akteur anerkannt zu werden, liegt in ihrer Möglichkeit, gehört zu werden bzw. sprechen zu können (Huffschmid 2004: 46f.). Grundvoraussetzung eines Akteurs ist es, dass er in irgendeiner Weise wahrgenommen wird. Ohne diese eigene Wahrnehmbarkeit ist es nicht von Belang, ob und welche Positionen eingenommen werden, wie und ob Handlungen begründet werden oder überhaupt stattfinden. Von der „gesellschaftskonstituierenden Funktion diskursiver Praktiken“ ausgehend, definiert sich der Subjektstatus der AUC über ihre „aktive Teilhabe“ an der gesellschaftlichen Diskursproduktion (Huffschmid 2004: 46f.).

Der Paramilitär-Diskurs ist zwar nicht erst mit den AUC entstanden. Doch sind die AUC explizit das politische Projekt des Paramilitarismus, das den Versuch unternimmt, eine Basis für die Legitimation paramilitärischer Existenz, paramilitärischen Handelns und paramilitärischer regionaler Vorherrschaft zu zementieren. Dies lässt sich vor allem durch das diskursive Konstrukt der *Autodefensas*, also der suggestiven Selbstdarstellung als Selbstverteidigungsgruppen, nachzeichnen.

Die Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Paramilitärs stellen innerhalb dieses Transformationsprozesses der AUC ein Schlüsselereignis dar: Es geht um die Aushandlung eines legalen Rahmens für die Demobilisierung und die Reintegration der Paramilitärs. Die Friedensgespräche sind hierbei die Bühne für die Öffentlichkeit, die diese Verwandlung sehen und der sie vermittelt werden soll. Die Zugangskanäle zur Öffentlichkeit (Medienpräsenz in Funk, Fernsehen und Printmedien) wurden weit geöffnet und bieten den Paramilitärs für ihre Verlautbarungen einen enormen Gestaltungs- und

Verbreitungsraum. Im Zuge der Vorbereitungen und Durchführung der Friedensverhandlungen entstanden eine Reihe diskursrelevanter Ereignisse.⁷ Damit ist gemeint, dass diese Ereignisse zu einer „erhöhten diskursiven Dichte“ geführt haben, also Anlass waren für intensive „(...) Textproduktion oder Presseberichterstattung“ (Huffschmid 2004: 76). Die Produktion von Texten zum paramilitärischen Phänomen wurde in den letzten zweieinhalb Jahren intensiviert und somit eine Auseinandersetzung mit der Zukunft des Paramilitarismus angesprochen. In diesem Konflikt geht es gleichzeitig um die Bestimmung der Identität und der Legitimität des kolumbianischen Paramilitarismus. In diesem Sinne sind auch die Friedensdialoge der AUC mit der Regierung Uribe zu sehen. Die Art und Weise, wie Paramilitarismus dargestellt und wahrgenommen wird, produziert unmittelbar politische Realitäten. Die Friedensdialoge sind bestimmt und umgeben von Diskursen, die eng an reale Machtbeziehungen und Verhältnisse gekoppelt sind. Es ist von Bedeutung, in welchen Kontext die Diskursoffensive der AUC einzuordnen ist: Die Verwandlung von einem Kriegersakteur in eine politische, soziale Organisation oder Bewegung ist nicht vollendet. Mit dem Beginn der Friedensgespräche wird aber genau diese Möglichkeit eröffnet: Die Friedensgespräche bieten den Rahmen zur Schaffung der Bedingungen, unter denen paramilitärische Kompetenzbereiche auf legale Räume verlagert werden.

Wenn wir uns nun dem Diskurs der AUC zuwenden, so soll an dieser Stelle unmissverständlich klargestellt sein, dass es hierbei um eine Untersuchung der vordergründigen offiziellen AUC-Politik im Scheinwerferlicht der öffentlichen Bühnen geht. Nicht einbezogen werden die Lebensrealitäten, mit denen die Opfer paramilitärischen Terrors tagtäglich konfrontiert sind: Das Vorschreiben sozialer und politischer Spielregeln, die schriftlichen und mündlichen Drohungen gegen Aktivisten und Aktivistinnen der sozialen Organisationen und der Menschenrechtsbewegung und schließlich die symbolische Präsentation der Opfer, der Hingerichteten und der entstellten Leichen.

Analyse des Paramilitär-Diskurses

Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben die AUC ihre Öffentlichkeitsarbeit deutlich professionalisiert. Die Homepage <http://www.colombialibre.org> ist umfangreich und bezieht die neuesten Entwicklungen ein. Die Presseberichterstattung hat nicht nur zugenommen, sondern die AUC nutzen direkte Kanäle zu journalistisch arbeitenden Personen, geben Live-Interviews in Radio und Fernsehen und haben eine enorme Medienpräsenz innerhalb Kolumbiens

⁷ U.a. das Abkommen von Santa Fe de Ralito (Juli 2003), die Demobilisierung des Medelliner *Bloque Cacique Nutibara* im November 2003, das „Verschwinden“ von Carlos Castaño (April 2004).

erreicht. Der Auftritt paramilitärischer Führer vor dem kolumbianischen Parlament im Juli 2004 sowie live übertragene Demobilisierungen brachten enorme Aufmerksamkeit, und Zugriffe auf die Homepage stiegen deutlich an.

Wir wollen darstellen, wie die AUC versuchen, über die Friedensverhandlungen bzw. über ihre Verlautbarungen in diesem Kontext diskursive Realitäten neu zu schreiben und zu inszenieren. In diesem empirischen Teil geht es konkret darum, die Wirkungsabsichten in der diskursiven Praxis der Paramilitärs zu analysieren, die zweifelsohne einen großen Einfluss auf die Entwicklungen der kolumbianischen Geschichte des Konflikts haben.

In den untersuchten Texten finden sich verschiedene starke Leitmotive, die zur Analyse in Unterpunkte unterteilt wurden. Das Vorgehen wird daher kein chronologisches, sondern ein thematisches sein, das die elementaren, in den einzelnen Communiqués wiederkehrenden Motive bündelt und zusammenfassend analysiert.

Legitimierungsstrategien

Die Elemente zur Begründung der eigenen Existenzberechtigung und zur Legitimierung ihrer Handlungen finden sich als zentrale Motive in vielen Veröffentlichungen der AUC wieder. Die einzelnen Elemente werden hierbei in der Regel miteinander verknüpft und bauen aufeinander auf. Auffällig ist das Rekurrieren auf und Miteinbeziehen von historischen Ereignissen, wobei aber eine drastische Neu- bzw. Umschreibung und das Schaffen neuer Bedeutungskonstellationen dieser Ereignisse stattfindet.

Es werden Legenden konstruiert, die uns paramilitärische Kämpfergruppen bzw. ihre Führer als Helden präsentieren. Die einzelnen Geschichten ähneln einander: Die Guerilla hätte die Bevölkerung drangsaliert, der Staat sei nicht präsent gewesen, um sich selbst und das Volk zu verteidigen, schließlich hätten mutige Männer zu den Waffen gegriffen. Ein Beispiel stellt das Communiqué „27 años de lucha por la paz“ dar, eine Festschrift des AUC-Kommandanten Ramón Isaza Arango, die den Jahrestag des ersten Sieges einer paramilitärischen Einheit gegen die FARC zum Thema hat. Die Manifestation des Entstehungsdiskurses zementiert sich in dem eigens hierfür angelegten Festtag des „Kampfes für den Frieden“: Die Genese des Mythos wird weiter verbreitet und diskursiv mit historischen Fakten verkleidet.

Die geschriebene Legende erzählt die Geschichte der Gemeinde La Estrella im Bezirk San Luis in Antioquia. Die Paramilitärs werden als ein spontaner Zusammenschluss zur Selbstverteidigung der Gemeinde präsentiert.

„(...) incursionó una patrulla del noveno frente de las FARC, esta vez con órdenes específicas de asesinar a varias personas, a quienes acusaban de colaborar con el ejército, y como retaliación, porque no les

colaboraban con ganado vacuno, o procino, o con aves de corral, con dinero o con hijos para reclutarlos. En esta lista me encontraba yo, Ramón Isaza, por ese entonces líder comunitario, concejal en San Luís, en representación de Puerto Triunfo. (...) En otras ocasiones habían llegado, las primeras, a manera de visita informativa, luego a que se les colaborara con animales o dinero, más tarde se llevaban los animales, o los mataban ahí mismo sin informar siquiera. Esto había sembrado el descontento entre los habitantes de la vereda y algunas medidas que se tomaron hacían prever que alguna de esas visitas tendría un desenlace fatal. Analizando eso en conversaciones que tuve con los vecinos, decidimos buscar ayuda y agruparnos para defendernos, para defender la vereda. Como ya se habían contactado en otras oportunidades con el ejército, decidimos entonces ir a buscar ayuda, esta vez, no para que mandaran patrullas hasta la vereda, sino para que nos dieran armas para nosotros mismos hacerles frente, en caso de algún ataque que no diera tiempo de avisar.“ (27 años de lucha por la paz, Ramón Isaza Arango, 22.02.2005)

Ihre Existenz als berechtigt, als unbestreitbar legitim und gerechtfertigt darzustellen, ist das zentrale Grundmotiv der meisten AUC-Communiqués. Beispielhaft hierfür ist das Communiqué „La amarga obligación de la Autodefensa“. Carlos Castaño benennt und bewertet sein Handeln wie folgt:

„Veinte años después del secuestro y asesinato del patriarca antioqueño, Jesús Antonio Castaño González, mi padre, a manos cobardes de las FARC, se pregunta uno hoy, si ha valido la pena entregar, desde ese día, todo lo mejor de nuestras vidas al esfuerzo de contener militarmente el avance de esa guerrilla, y otras de la misma estirpe, que solo han dejado a su paso, miseria, muerte, dolor y toda la amargura que han querido sembrar en las vidas de los colombianos. Y concluye uno, aceptando irremediamente que esto de defenderse, no es cuestión de libre elección sino de obligada y amarga necesidad. Había hacerlo y punto.“ (La amarga obligación de la Autodefensa, Carlos Castaño, 20.09.2002)

Hier wird die Legende erschaffen, der AUC-Führer Carlos Castaño habe seinen Kampf als Reaktion auf die Entführung und Ermordung seines Vaters begonnen. Er stellt also persönliche Motive in den Vordergrund, die im Sinne eines konservativen Wertehorizonts ehrenhaft und positiv bewertet werden. Bedeutend ist die Selbstreflexion: Es sei die Frage nach Berechtigung und Sinnhaftigkeit des Kampfes zu stellen. Der zentrale Punkt stellt die Alternativlosigkeit seines Handelns dar: Es sei nicht sein freier Wille gewesen, sich für oder gegen den Krieg zu entscheiden. Das Ziel seines Kampfes war und ist es, die Ausbreitung eines Feindes zu verhindern, der wie eine Plage das Land befallen hätte. Die altruistische Selbstverteidigung sei demnach nicht

selbstgewählt, sondern „bittere Notwendigkeit“. Castaño legitimiert seinen Kampf mit den angeblichen Gräueltaten der Guerilla, die ihn zur Selbstverteidigung verpflichteten. Für das Wohl der Allgemeinheit agierend, lässt ihn das reaktiv und selbstlos erscheinen.

„Yo debo recordar que las AUC nacimos cuando nada esperábamos de ellas, no pensamos en que un día nos indultarían o nos condenarían, no pensamos que estaríamos al margen de la ley, no pensamos en los logros que alcanzamos, no pensamos en nada distinto a defendernos y defender la gente de nuestras regiones.“ (¿Que va a pasar con las Autodefensas?, Carlos Castaño, 01.01.2004)

Als ursächlich für die eigene Existenz wird die „notwendige Selbstverteidigung“ betont. Der Staat sei nicht in der Lage, Autorität und Sicherheit zu garantieren, deshalb hätten die AUC die Initiative ergreifen müssen. Die erfolgreiche Selbstverteidigung wird als Reaktion auf fehlende Sicherheit und auf die Bedrohung von außen dargestellt. Die AUC inszenieren sich als diejenigen, die für die Sicherheit der Bevölkerung eintreten und stellen diesen Punkt als unbezweifelbare Wahrheit dar. Sie gehen in die Offensive, indem sie darauf aufbauend vom Staat fordern, er müsse nun Sicherheit gewährleisten, wenn die AUC sich von dieser Aufgabe zurückzögen:

„Solamente con tamañas garantías institucionales por parte del Estado para las poblaciones y comunidades, rurales y urbanas, cuya defensa y seguridad ha sido la única y valedera razón de nuestro origen y lucha como Autodefensas puede legitimarse este proceso de reincorporación de las Autodefensas a la vida civil plena, con todos sus derechos y obligaciones inherentes.“ (La Paz sí es posible y los colombianos no estamos solos para lograrla, Carlos Castaño, 02.02.2004)

Das Motiv der Selbstverteidigung wird weiter zur Notwendigkeit höchsten Ranges stilisiert. Entfällt dieses Motiv zur Verteidigung gegen die Subversion, müsste auch die Berechtigung der Existenz der eigenen Organisation entfallen. „Selbstverteidigung“ und „antisubversiver Kampf“ sind dabei gleichwertig und identisch definiert.

„Sin la participación de la Antisubversión Civil, estarían las guerrillas cerca de tomarse el poder y no obligadas a negociar como se encuentran ahora. (...) Autodefensas fieles a sus principios exclusivamente antisubversivos deben (...) combatir contra la guerrilla hasta cuando esta cese las hostilidades para siempre.“ (Todas las autodefensas, comprometidas con la paz, Carlos Castaño, 12.08.2002)

Zur diskursiven Wandlung der AUC: Vom organisierten Verbrechen zum demokratischen Freiheitskampf

Im Wahlkampf, kurz vor der anstehenden Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2002, begannen die AUC in ihren Communiqués selbstkritisch und selbstreflektierend klingende Töne anzuschlagen und sie erklärten, einen Wandlungsprozess eingeleitet zu haben. Vordergründig ist in diesem Wandlungsprozess die Absicht einer möglichen Demobilisierung erkennbar. Außerdem geht es um die Anerkennung der AUC als respektiertem Akteur, der sich von den Vorwürfen der eigenen Verbindungen zur organisierten Kriminalität loszuschreiben versucht.

„Afortunadamente en la comandancia de las AUC sentimos vergüenza cuando nos perciben y nos denuncian como delinquentes malhechores y tratamos de corregirnos. Por esto autocrítica es el mejor método para ello.“ (Orgullo y Vergüenza en las AUC, Carlos Castaño, 29.04.2002)

Hier wird eine Trennlinie konstruiert zwischen einem angeblichen hohen professionellen Niveau und politischer Ernsthaftigkeit auf der einen Seite, und den Verwicklungen mit Kriminalität und Drogenstrukturen auf der anderen. Ihre militärische Reife wird als Indiz für Weiterentwicklung auf politischer und sozialer Ebene angeführt. Der erfolgreiche Kampf wird nun dem eigenen Profitieren durch organisierte Kriminalität entgegengestellt.

„Es innegable el cambio para bien en las AUC en los últimos meses, nuestra madurez política y militar alcanzada es inocultable. (...) Es notoria y progresiva la desvinculación del narcotráfico por parte de algunos Frentes miembros de la confederación de Autodefensas. Resaltan Bloques de las AUC ejemplares y dignos de imitar, como el Metro y el Elmar Cárdenas, así como la organización de Ramón Isaza. Se comprometen y entregan sus vidas brillantes pensadores y otros amigos del mundo intelecto y la academia. Nuestras escuelas capacitan permanentemente en áreas políticas, sociales y militares a centenares de colombianos prestos a dar la pelea por la libertad.“ (Orgullo y Vergüenza en las AUC, Carlos Castaño, 29.04.2002)

Tatsächliche Selbstkritik bezieht sich in allen Texten, die zu diesem Thema betrachtet wurden, nur auf Alltagsgewalt, gewöhnliche Kriminalität und auf den Drogenhandel. Morde und Massaker werden gerechtfertigt oder die Verantwortung hierfür abgelehnt. Sie seien von einem hemmungslosen Feind provoziert worden, der ihnen keine andere Wahl ließ.

„Nuestra ignorancia y desconocimiento en un principio, de hasta dónde era capaz de llegar el enemigo que enfrentábamos y que no tenía límites en sus métodos, estratagemas y tramoyas políticas y militares, nos llevó a cometer errores, de los cuales no se nos puede responsabilizar, pues fueron ajenos a nuestra voluntad.“ (La amarga obligación de la autodefensa, Carlos Castaño, 20.09.2002)

Der Umgang mit der Drogenfrage stellt für die AUC ein Dilemma dar. Offensichtlich involviert und zu einem großen Teil aus Drogengeldern finanziert, verlangt eine Legalisierung der eigenen Strukturen, ein möglicher Straferlass und Friedensschluss auch eine Loslösung von den Drogen. Die USA drängen darauf, dass Drogenvergehen nicht straffrei ausgehen und fordern aufgrund seiner Verantwortung für den Drogenhandel die Auslieferung von Carlos Castaño und anderer paramilitärischer Führer. In den Schriften der AUC spiegelt sich die eigene Widersprüchlichkeit und Unsicherheit im Umgang mit diesem Thema wider. Die AUC winden sich hierbei hin und her: Einerseits wird geleugnet, je mit dem Drogenhandel zu tun gehabt zu haben, andererseits wird versprochen, infolge neuer Erkenntnisse die Strukturen überdenken zu wollen.

„Ha llegado el momento de decidir en las autodefensas, cuál sería nuestro verdadero aporte a la Paz ahora: Ante todo internamente nos disponemos a reestructurar la organización nacional bajo unas normas estrictas en cuanto a disciplina y fundamentos inviolables: o se renuncia a las prácticas del narcotráfico por quienes lo hacen bajo cualquier pretexto o se renuncia al carácter de autodefensas por parte de ellos (...).“ (Todas las Autodefensas, comprometidas con la Paz, Carlos Castaño, 12.08.2002)

Die Loslösung vom Drogenhandel wird zum wichtigsten Motiv. Obgleich es sich hierbei um ein öffentliches Communiqué handelt, ist es an die AUC selbst adressiert. Es wird ein Szenario initiiert, das uns die AUC am Scheideweg präsentiert. Der notwendige interne Umdenkungs- und Umstrukturierungsprozess sei erkannt, nun liege es an ihnen selbst, den richtigen Weg einzuschlagen. Die Problematik des Drogenhandels erhält eine immer zentralere Bedeutung.

„O abandonamos definitivamente el narcotráfico o nos ahogamos todos. (...) Y es verdad, el narcotráfico nos dividió y nos hundió, y el narcotráfico impide la real recuperación de la unidad perdida.“ (La amarga obligación de la autodefensa, Carlos Castaño, 20.09.2002)

Hier ist die klare Grenze nun gezogen: Loslösung vom Drogenhandel oder Untergang. Der Umgang mit dieser Frage wird von Castaño als zentral und

entscheidend benannt. Der Drogenhandel mache die AUC uneins und zersetze ihre Strukturen. Es gehe darum, den richtigen Weg gemeinsam zu gehen:

„Aún nos falta camino por recorrer en la lucha contra el terrorismo de las FARC, esa ruta ya la conocemos y la sabemos transitar todos. Pero, solo salvaremos las AUC y la llevaremos a buen puerto, desalojando el narcotráfico que nos hunde, y es esta nuestra obligación así nos cueste la vida, alguien recogerá nuestras banderas, y ya por lo menos nuestra vida, o nuestra muerte, no habrá sido inútil.“ (La amarga obligación de la Autodefensa, Carlos Castaño, 20.09.2002)

Die Gegenüberstellung von Drogenhandel und mafiösen Strukturen einerseits und den positiv konnotierten Selbstverteidigungsgruppen andererseits ist Teil eines Diskursstranges von zentraler Bedeutung. Es ist vor allem dem Auslieferungsbegehren der USA für zahlreiche paramilitärische Führer wegen Drogenhandels geschuldet, dass dieses Thema öffentlich einen hohen Stellenwert erhalten hat. Das Ignorieren und Negieren dieses Themas hätte auf die angestrebte Demobilisierung der AUC und ihre mögliche Straffreiheit nachteilige Folgen gehabt. Die Involvierung in das Drogengeschäft ist ein stark delegitimierender Faktor. Die Unterteilung in gute und schlechte Paramilitärs ist eine Reaktion hierauf. In Castaños Schreiben findet sich dies als ein Leitmotiv: Die positiv bewertete Aufgabe der Guerillabekämpfung steht auf der einen Seite und gilt weitgehend als sehr ehrenhaft und als notwendige Selbstverteidigung: Sie setzen sich gegen die Guerilla zur Wehr, zugegebenermaßen mit illegalen Methoden, was jedoch als verzeihbar, weil notwendig betrachtet wird. Auf der anderen Seite finden sich kriminelle Mafiosi und Drogenhändler, die es aus der AUC auszugrenzen gälte. Dies ist jedoch offensichtlich eine Farce. Nach wie vor kontrollieren die AUC einen bedeutenden Anteil des kolumbianischen Drogengeschäfts, ohne den ihre logistische und militärische Infrastruktur nicht aufrechtzuerhalten wäre.

„La autodefensa armada fue una reacción, la autodefensa política es una respuesta.“ (No voy a volver al Monte, Entrevista a Salvatore Mancuso, 17.04.2005)

Das obige Zitat lässt sich wie ein zentrales diskursives Strategiepapier lesen: Es wurde bereits deutlich, dass die AUC bemüht sind, ihre Existenz als notwendige Reaktion auf die Untaten der Guerilla darzustellen, begründet mit dem nicht vorhandenen Schutz durch den Staat und der Notwendigkeit zur Selbstverteidigung. Die Verantwortung für den Status quo wird der Guerilla zugeschoben, die eigenen Handlungen als spontan und reaktiv dargestellt, eindeutig positiv konnotiert und zum Teil mit einem Heldenmythos untermauert. Anschließend präsentieren sie den aus „politischer Reife“ resultieren-

den Vorschlag, der als Antwort auf die gegenwärtige Lage verstanden werden soll: Friedensverhandlungen, Demobilisierung und die Umwandlung in eine politische Organisation.

Das Thema Frieden ist ein wichtiges Schlagwort der AUC-Communiqués. Die AUC geben sich friedensbereit, als reflektierender Gesprächspartner, der neben den Waffen immer mehr den Dialog sucht. Es findet also eine Akzentverschiebung im AUC-Diskurs statt. Beispielhaft lässt sich diese Verschiebung anhand des Communiqués „Las AUC siguen siendo políticas y legítimamente válidas como interlocutores del conflicto colombiano“ vom 09. Oktober 2002 belegen, in welchem Castaño eindeutig den Standpunkt der AUC ausdrückt: „Las Autodefensas no abandonarán su lucha antisubversiva (...)“. Zwei Monate später, im Dezember 2002, verkündeten die AUC mit dem Waffenstillstand die einseitige Einstellung aller Feindseligkeiten. Ihre Übergriffe, Todesdrohungen und Morde setzten sie fort, doch auf der politischen Bühne wurden die AUC nun zunehmend als Friedensakteur wahrgenommen. Sie gaben sich verhandlungsbereit, gerierten sich als Initiatoren des Friedensprozesses, als dessen aktiver und dynamisierender Teil, und erklärten, dass es nur durch ihre Bereitschaft zu Verhandlungen in Kolumbien einen langfristigen und stabilen Frieden geben könne.

„He dicho que trabajar en este proceso es como manipular dinamita. Pero hay que desactivarla. Sensatez y altruismo entre las partes y mucha comprensión social son vitales para ello.“ (¿Qué va a pasar con las autodefensas?, Carlos Castaño, 01.01.2004)

Die Entscheidung der Abkehr von den Waffen hin zum Dialog („queremos cambiar las armas por las palabras“ (Slogan auf der AUC-Homepage, 15.03.2004) wird im Reifeprozess der AUC verortet. In einem im Januar 2004 veröffentlichten Interview nimmt Carlos Castaño hierzu wie folgt Stellung:

„Fuimos madurando políticamente y pensamos que la autodefensa no es un método adecuado en este momento, que era mejor dar un paso al lado y dejar de ser una piedra en el zapato.“ (¿Qué va a pasar con las autodefensas?, Carlos Castaño, 01.01.2004)

Es wird auf eine Metapher referiert, die sich auf einen möglichen Friedensschluss mit den Guerillagruppen bezieht. Die Existenz der Paramilitärs habe die Spielräume für eine Demobilisierung der Guerilla reduziert und die Paramilitärs wurden zum drückenden (und störenden) Stein im Schuh. Signifikant an diesem Zitat ist aber vor allem die dargestellte Politisierung und die Abkehr vom bewaffneten Kampf, in Verbindung mit dem temporalen Zusatz „en este momento“. Hiermit behält sich die AUC sowohl die Option zur

Rückkehr zu den Waffen vor als auch die Möglichkeit, ihr bisheriges Agieren, das sie nun als nicht mehr zeitgemäß darstellt, als legitim verteidigen zu können.

Die AUC versuchen als politischer Akteur Anerkennung zu finden. Hierbei gilt es, das Kunststück zu vollführen, ihre politische Funktion im kolumbianischen Konflikt hervorzuheben. Provokativ wird in dem programmatisch überschriebenen Communiqué „El estatus político: connatural a la Autodefensa“ gefragt:

„¿Cuántos puentes hay que volar, cuántas minas sembrar, cuántos policías y soldados masacrar para que se nos reconozca como actores válidos de este conflicto?“ (El estatus político: connatural a la Autodefensa, Adolfo Paz, o.D.)

Diese sehr polemische Frage zeugt von der angespannten Stimmung der AUC zu diesem Zeitpunkt (die im Communiqué angeschnittenen Themen verweisen auf ein Datum im Frühjahr 2005). Der von ihnen angestrebte gleichberechtigte Status mit der Guerilla rückte aus formalrechtlichen Gründen in die Ferne, immer mehr kritische Stimmen verwiesen auf die kriminellen Strukturen der paramilitärischen Verbände⁸. Die aufgezählten Kriegspraktiken sind die Methoden der Guerilla, die aufgrund ihres Antiregimekampfes als politischer Akteur anerkannt ist, während die AUC diesen Status nicht erreichen, ja nicht erreichen können: Ihre Gewalt richtet sich nicht gegen den Staat, sondern gegen Zivilbevölkerung und Guerilla.

Ab diesem Zeitpunkt (Februar/März 2005) wird in nahezu jedem Communiqué die politische Motivation sowie die politische Berechtigung der AUC hervorgehoben. In den beiden folgenden Zitaten bedienen sich die AUC der schon dargestellten Leitlinien Legitimierung, Wandlung und Drohgebärde, um die Beweiskraft ihres politischen Selbstverständnisses zu untermauern und sich selber auf der nationalen politischen Bühne zu präsentieren:

„En estas horas difíciles, en donde el proceso de paz está en vilo, hacemos un llamado a la sociedad entera para que se acerquen al pensamiento político de la Autodefensa sin prevenciones ni lentes ideológicos (...).“ (El estatus político: connatural a la Autodefensa, Adolfo Paz, o.D.)

⁸ Durch einige kritische Reportagen zum System des Paramilitarismus gelangten zeitweilig die Meinungen von Menschenrechtsorganisationen und der politischen Opposition in den Fokus. Den AUC gelang es jedoch, durch geschickte Manöver ihre Gegner pauschal als Guerilleros zu charakterisieren, um sie in Misskredit zu bringen. In diesem Zusammenhang sprachen sie beispielsweise „vom schmutzigen Spiel des politischen Revanchismus“ (Nuestra verdad ante el país y el mundo, Julian Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 23.02.2005).

„(...) hemos insistido hasta la saciedad en el carácter político de las negociaciones de paz, como presupuesto fundamental para eliminar todos los factores, que en el campo regional convalidan la ‘necesidad’ de la existencia de las Autodefensas Campesinas, dentro del contexto del conflicto armado. Está claro que en un proceso de sometimiento a la justicia (...) no propiciará un escenario (...) para avanzar hacia una eventual y definitiva extirpación del fenómeno paramilitar.“ (Honorable Congreso: Pedimos la palabra, Julián Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 15.03.2005)

Paramilitärs als Opfer der Verhältnisse

In ihrem Vorgehen, die eigene Wahrheit selbst zu schreiben, Täter und Verantwortliche von grausamen Massakern und fortgesetzten Morden als Opfer der Verhältnisse zu stilisieren und die Begriffe Gerechtigkeit und Frieden nach eigenen Maßstäben zu definieren, wird die Absicht deutlich, sich über die neue Selbstlegitimierung positiv in der politischen Landschaft zu platzieren und der Straflosigkeit als Voraussetzung ihrer Demobilisierung den Weg zu ebnet.

Wieder präsentieren sich die Paramilitärs selbstreflektiert und in permanenter Relativierung der eigenen Verbrechen; die AUC wissen, wie sie wahrgenommen werden: „(...) esta negociación, que no es precisamente con ángeles.“ (Más sobre el proceso con las AUC, 07.08.2003). Sie werben für Verständnis für ihr Vorgehen und verwässern die eigene Verantwortung in Abgrenzung zu dem noch viel größeren Übel Guerilla. Ihre Gewalt sei unerlässlich gewesen, um gegen die subversive Bedrohung Erfolge erreichen zu können.

„Una de las fronteras que separa la barbarie de la civilización y que llena de horror al mundo pasa tristemente por Colombia y eso es cada día más y mejor conocido por la Comunidad internacional. Por eso resulta tan agudo y conmovedor el contraste que se evidencia hoy ante el mundo entre el proceso de paz del Gobierno nacional con las Autodefensas, por una parte, y la tragedia humanitaria de los secuestrados por las FARC y el ELN, por la otra. A pesar de esto y contra toda Ley y Razón hay quienes aún insisten en pedir la cárcel y el castigo inclemente porque sí a todas las Autodefensas y la pronta libertad y la amnistía total, a cambio de los secuestrados, para todos los guerrilleros.“ (La paz sí es posible y los colombianos no estamos solos para lograrla, Carlos Castaño, 02.02.2004)

In diesem Zitat finden sich einige Elemente vereint, die eine spätere Straflosigkeit vorbereiten: Zunächst charakterisieren sich die AUC als dynamischer Akteur, der mit der Regierung den Friedensprozess vorantreibt. Es tritt eine häufig gebrauchte argumentative Strategie von Castaño zu Tage: Er sugge-

riert, seine Gegner würden mit der Guerilla sympathisieren und aus diesem Grund die Bestrafung der AUC fordern. Es findet eine Gegenüberstellung der vermeintlich gleichgestellten Konfliktgegner Guerilla und Paramilitär statt. Durch das Nebeneinander des positiven Bemühens der AUC und der Entführungspraxis der Guerilla wird die Forderung nach Bestrafung für die AUC zur Ungerechtigkeit stilisiert: Während die AUC, trotz all ihrer Einsicht und den grundguten Vorsätzen, die sie mit ihrem Kampf für Kolumbien verbinden, verurteilt werden sollten, würde für die Guerilla, die die Grenze zur Barbarei überschritten habe, Straffreiheit gefordert.

Schließlich resultiert aus dieser Argumentation, dass Gerechtigkeit für die AUC nur durch eine Besserbehandlung im Vergleich zur Guerilla erreicht werden könnte. Im Gegensatz zum Feindbild Guerilla sind die AUC lediglich Opfer ihres Kampfes zur Verteidigung des „Vaterlandes“:

„Antes de iniciar nuestra lucha como autodefensas, todos estábamos dentro de la ley, y hasta ese momento el Estado nos brindó la necesaria seguridad que nos permitió vivir dentro de la normalidad social. Cuando dejó de hacerlo, nos alzamos en armas para defender nuestras vidas. Hoy el Estado dice estar dispuesto a ofrecernos nuevamente esa seguridad que un día dejó de brindarnos. Igualmente deberá devolvernos esa normalidad social y jurídica que perdimos, no por culpa nuestra. Así de sencillo. Solo pedimos que el Estado nos devuelva todos nuestros derechos ciudadanos y nosotros asumimos nuestros respectivos compromisos civiles.“ (¿Qué va a pasar con las Autodefensas?, Carlos Castaño, 01.01.2004)

Die Argumentationslinien für die Begründung von Straffreiheit weisen das gleiche Muster auf: Das Selbstverständnis der AUC, ihre Legitimationsbasis als Selbstverteidigungsgruppen, die existiert, weil der zu schwache Staat seine eigene Bevölkerung nicht schützen konnte, wird hervorgehoben. Durch Aussagen wie „no por culpa nuestra“ wird Verantwortung abgewiesen: Es gab keine anderen Handlungsoptionen. Die Kämpfer der AUC waren Teil der „sozialen Normalität“. Der Staat sollte schützen, tat es aber nicht. Die Kämpfer der AUC würden durch die Umstände aus der „sozialen Normalität“ gezwungen und wollten doch nur, dass der Staat ihre Bürgerrechte und den status quo ante garantiere. „Que un día dejó de brindarnos“ klingt nach einem fast absichtlichen Ausliefern, intendiert, dass der Staat nicht nur unfähig, sondern auch unwillig war, Schutz zu gewähren, was wiederum die Opferrolle der AUC unterstreicht und ihren Kampf legitimierend bestärkt.

Dieses Zitat macht die weitere argumentative Strategie deutlich: Durch das Versagen des Staates mussten die AUC zu den Waffen greifen und die Sphäre der „sozialen Normalität“ verlassen. Jetzt wolle man zurück zu dieser „sozialen Normalität“, die man nicht selbstverschuldet verlassen hätte.

Interessant ist die Erweiterung des „sozialen Normalzustandes“ um den „juristischen Normalzustand“, der explizit benannt wird und den Weg zur Strafflosigkeit ebnet. Mit einem lapidaren „Así de sencillo“ soll verdeutlicht werden, dass die Forderung der AUC in keiner Weise komplexer oder komplizierter Natur sei, sie fordern lediglich die Garantie ihrer Bürgerrechte vom Staat, der Rest würde sich von selbst ergeben.

Salvatore Mancuso, der zusammen mit dem seit April 2004 verschwundenen Carlos Castaño die Strategie eines politischen Ausgangs der paramilitärischen Gewalt entwickelte, bedient sich ebenfalls dieser Rhetorik, die der diskursiven Verwandlung von Tätern in Opfer dienen und so der angestrebten Straffreiheit den Weg bereiten soll:

„El sólo hecho de vernos obligados a ingresar a una guerra que nunca quisimos nos convirtió en víctimas desde el primer momento. Ya dentro de la guerra resultó inevitable que se causaran víctimas. Esto es parte de la lógica perversa de cualquier conflicto armado. Lamentablemente es así.“ (No voy a volver al Monte, Entrevista a Salvatore Mancuso, 17.04.2005)

Diese Zitate sind als stellvertretende Beispiele zu sehen.

Dreh- und Angelpunkt der bevorstehenden Wiedereingliederung in die Gesellschaft ist die Frage nach der Legitimität dieses Prozesses. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Aufarbeitung, Gerechtigkeit für die Opfer und Bestrafung der Täter. Für die Paramilitärs und den Demobilisierungsprozess sind dies heikle Themen. Aufarbeitung der Vergangenheit ist unerwünscht, dafür wird Straferlass für die Täter aus ihren Reihen angestrebt. Castaño betont den angeblichen Nutzen der Paramilitärs für viele:

„La justicia es lo más importante, pero ocurre que cada quien interpreta de manera diferente lo que debe ser la justicia para las autodefensas. Hay que pensar en justicias alternativas, sin llegar a la impunidad. Debe haber verdad, justicia y reparación. Siendo totalmente realista, creo que la sociedad espera que nosotros aceptemos una sanción porque si bien hemos sido útiles a grandes sectores, otros han sido afectados por las autodefensas.“ (En febrero habrá una sola mesa con todas las autodefensas y el gobierno, Entrevista a Carlos Castaño, Januar 2004)

Gerechtigkeit wird als Superlativ aufgeführt, um ihre Bedeutung zu unterstreichen. Wie der Begriff Gerechtigkeit auszufüllen ist, wird aber zur Willkürlichkeit reduziert. Mit der Wortwahl „verdad, justicia y reparación“ gibt er vor, ihm ginge es, ähnlich wie es Oppositionspolitiker forderten, um umfassende Aufklärung im Sinne der Opfer. Castaño präsentiert die Worte als leere Phrasen, die in ihrer Bedeutung vollkommen richtungsoffen bleiben. Im

Schlusskommentar sieht man die AUC angepasst und einem demokratischen und legitimierenden Diskurs untergeordnet. Die AUC suchen Dialog und Verständnis und gehen auf Regierung und Gesellschaft zu, zeigen Bereitschaft, Sanktionen anzuerkennen, sofern diese „gerecht“ seien und betonen die angeblichen eigenen guten Taten für große Bereiche der Gesellschaft.

Dem im Juni 2005 verabschiedeten Gesetz *Justicia y Paz* stand ein von Menschenrechtsorganisationen und Oppositionspolitikern eingebrachtes alternatives Modell gegenüber, über das in Senat und Kongress verhandelt wurde. Das Alternativmodell mit dem Titel *Verdad, justicia y reparación* intendierte, dass es um mehr ginge als um die Wiedereingliederung. Es beabsichtigte, die Opfer in den Mittelpunkt zu stellen und die vergangenen Verbrechen verantwortungsvoll wiederaufzuarbeiten. Schließlich wurde diese Gesetzesinitiative abgelehnt und das im Interesse der Paramilitärs liegende Gesetz *Justicia y Paz* umgesetzt.

In Zukunft friedlich

Ihr erklärter Wandlungsprozess eröffnet politischen Ambitionen Raum und die Möglichkeit, einen Platz auf der politischen Bühne Kolumbiens zu erlangen.

„Jugamos limpio, y es cierto que ya no necesitamos la fuerza militar para enfrentarlos (la guerrilla); sus peores enemigos ahora son su des- crédito político y ético, interno y externo, y el nuevo orden mundial, y es ahí donde intentamos ser útiles.“ (La paz sí es posible y los colombianos no estamos solos para lograrla, Carlos Castaño, 01.01.2004)

Die AUC stellen sich als aufrecht, ethisch und moralisch der Guerilla überlegen dar, distanzieren sich von ihren Waffen und wollen sich einen neuen Wirkungskreis für die Zukunft eröffnen. Die Betonung des „Jugamos limpio“ suggeriert eine Abgrenzung zu anderen Akteuren, und stellt die AUC als ehrenwert dar. Das Verb „enfrentar“, das eher militärisch konnotiert ist, wird hier neu positioniert, was ebenso den Wandel im Diskurs der AUC verdeutlicht. Die Feindbilder sind immer noch scharf umrissen, der Wille, diese Feinde zu bezwingen auch, lediglich die Wahl der Mittel habe sich gewandelt.

„Teniendo en cuenta que existen problemas por la solicitud de extradición y por la inclusión de las autodefensas en la lista de organizaciones terroristas de la Unión Europea, lo que se puede esperar es un tiempo de reclusión en una área geográfica definida previamente, bajo observación nacional e internacional, con la orden de extradición en stand by, que podría quedar inactiva si el comportamiento de uno es ejemplar. Esto es lo que tendríamos que aceptar casi todos los comandantes. Así, bienvenida la justicia.“ (En febrero habrá una sola mesa con todas las autodefensas y el Gobierno, Entrevista a Carlos Castaño, Januar 2004)

Hier geht es um einen möglichen alternativen Strafvollzug. Tatsächlich stellt der internationale Druck ein starkes Hemmnis für eine Einigung im Demobilisierungsprozess dar. Die internationale Gemeinschaft soll besänftigt werden, indem vermieden wird, von Straffreiheit zu reden, eine wirkliche Bestrafung aber auch umgangen werden soll. Vorzugeben, ihre Feinde nunmehr nur mit politischen Mitteln bekämpfen zu wollen, ist Bestandteil vieler Stellungnahmen:

„Cuando se viene de la guerra y se abandonan las armas sólo se puede continuar la defensa de los intereses de las regiones y poblaciones que desatendió el Estado, desde la política. Por lo tanto a los desmovilizados sí hay que otorgarles todos sus derechos políticos.“ (En febrero habrá una sola mesa con todas las autodefensas y el Gobierno, Entrevista a Carlos Castaño, Januar 2004)

Im Hinblick auf die Implikationen von Demobilisierung und einem Unterwerfen unter die kolumbianische Gerichtsbarkeit wird wiederum Entstehungsmythos und Opfermythos bemüht.

„La desmovilización también debe partir de la verdad: Las zonas bajo control de las AUC han sido liberadas por nosotros y por eso, somos los llamados a entregarlas al cuidado de las Instituciones Armadas que deben garantizar la seguridad de la nación; pero no abandonándolas como si escapáramos a la responsabilidad construida a lo largo de estos años, o como si huyéramos derrotados, no.“ (Desmovilización responsable y reinserción productiva, Jorge40, 02.03.2005)

Abgesehen vom kontinuierlich aufgegriffenen Begriff der „Befreiung“ gerieren sich die AUC als fürsorgliche, verantwortungsvolle und stets umsichtige Akteure. Zum Wohle der Bevölkerung wollen sie in den von ihnen dominierten und kontrollierten Gebieten die genauen Bestimmungen ihrer Demobilisierung beaufsichtigen und die Normalisierung und Rückgabe der Gebiete an die staatliche Hoheit kontrollieren.

„(...) solo con una metodología de empalme y una mecánica de ‚entrega responsable‘ evitaremos dejar baches que posibiliten el regreso de las guerrillas a las poblaciones y áreas que han vivido los últimos años libres de su presencia.“ (ebd.)

Hier sieht man deutlich, welchen aktiven Handlungsrahmen die AUC beanspruchen. Zwar billigt man den offiziellen Streitkräften zu, jetzt stark genug für die Übernahme und Gewährleistung des Gewaltmonopols zu sein, gleichzeitig unterstreichen sie eine aktive Beteiligung und wollen die Kondi-

tionen und Maßstäbe bestimmen. Drohenden Charakter bekommt daher der nachfolgende Satz:

„Una vez más, resultaría constructivo dejar de lado la arrogancia de algunos individuos, que por representar la institucionalidad y en desmedro de los resultados operacionales, pretenden ignorar nuestra sólida presencia militar (...).“ (ebd.)

Die AUC verweisen hier auf ihre nach wie vor gegebene militärische Stärke, ihr Druckmittel, das man in den Verhandlungen nicht übersehen sollte.

Wiedereingliederung nach eigenen Vorgaben

Neben der Frage nach dem Strafmodus sind die Umstände der Wiedereingliederung der Paramilitärs ein weiterer wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung um die Demobilisierung. Ein paramilitärischer Führer, der sich Jorge⁴⁰ nennt, betont die Verantwortung der Gesellschaft für die Söldner der AUC:

„El segundo paso después de una desmovilización exitosa y responsable, será el proceso de reinserción. Habrá una reinserción que es inherente a la esencia del estado social de derecho: la reincorporación de las regiones al país nacional. Por lo pronto, me referiré a la otra cara de la reinserción, la que se entiende como la reincorporación de 20 mil seres humanos al seno de la sociedad, 20 mil hombres y mujeres que deberán ser bienvenidos para no padecer el síndrome del soldado, que al regresar de la guerra no encuentra un lugar entre aquellos por quienes peleó.“ (Desmovilización responsable y reinserción productiva, Jorge⁴⁰, 02.03.2005)

Es findet eine Gleichsetzung der AUC-Kämpfer mit Soldaten statt, die für das Volk in den Krieg gezogen seien. Konsequenterweise wird die Linie des ideologisch legitimierten Kampfes weitergezeichnet. Zentral ist das Hervorheben der Söldner als Menschen und nicht als blutrünstige Todesschwadronen und Menschenrechtsverbrecher. Diese Männer und Frauen sollen im „Schoß der Gesellschaft“ willkommen geheißen werden, da sie aufgrund ihres aufopfernden Kampfes für das Vaterland nichts anderes verdient hätten (Desmovilización, Jorge⁴⁰). Anschließend nimmt der Autor die kolumbianische Regierung in die Pflicht: Nach all den Zugeständnissen seitens der AUC müsste nun endlich auch seitens der staatlichen Vertreter ein Teil beigesteuert werden.

Die AUC zeigen sich als aktiver, selbstloser, aufopfernder Partner im Friedensprozess, der seinen Teil im Voraus geleistet hat und jetzt den Ball der Regierung zuspießt. Sie verlangen aktives Entgegenkommen und Anerken-

nung. Handelt die Regierung nun nicht, wie die AUC es verlangen, bietet sich den AUC der Raum, dies als Betrug und unlauter darzustellen.

Dass die Demobilisierung paramilitärischer Verbände tatsächlich zu einem Verschwinden des Phänomens Paramilitarismus führen wird, wird von verschiedenen Seiten stark angezweifelt. Entsprechend lautete die Empfehlung der Menschenrechtsstelle der UNO an die Staatengemeinschaft, die Demobilisierung der AUC nicht aktiv zu fördern, solange sich die rechtlichen Bedingungen so unbefriedigend darstellten, wie gegenwärtig verhandelt. Dass die Demobilisierung nicht zu einem Verschwinden der AUC, sondern vielmehr zu Transformation und Teillegalisierung ihrer Strukturen führen könnte, ist auch aus dem Vorschlag von Jorge40 herauszulesen:

„Si pensamos en cómo mantener nuestros hombres bajo control durante las fases de desmovilización y reinserción, mientras los preparamos para volver a la normatividad ciudadana, cabe preguntarse – apelando al pragmatismo– por qué desechar la muy realista propuesta de crear –a partir de nuestro pie de fuerza y de los ex guerrilleros que se vayan desmovilizando– una Guardia Nacional de protección a la infraestructura productiva dependiente del Ministerio del Interior que permita a las Fuerzas Armadas concentrarse en la lucha antisubversiva, mientras ex combatientes se dedican a cuidar los puntos potencialmente expuestos a la amenaza guerrillera.“ (Desmovilización responsable y reinserción productiva, Jorge40, 02.03.2005)

Hier wird das strukturelle Problem der Demobilisierung sichtbar. Die paramilitärischen Einheiten sollen sich nach Jorge40s „pragmatischer“ Meinung vom aktiven Kampf gegen die Guerilla zurückziehen, dafür aber im Folgenden ihre Strukturen zum Schutz vor Guerilla-Angriffen einsetzen. Der Wechsel des Aufgabenbereichs wird nur durch eine scheinbare Institutionalisierung (die Unterstellung unter das Innenministerium) gestützt.

„Pero además, usando el sentido común más elemental: ¿Por qué desechar el ‘know how’ de nuestros 20.000 hombres, bien entrenados, con vasto conocimiento del terreno a defender y acostumbrados a la disciplina y sacrificio de la vida castrense?“ (ebd.)

Hier wird impliziert, dass nichts näher liegen würde, als die schon ausgebildeten Kämpfer weiter einzusetzen. Der Vorschlag, eine Funktion zu übernehmen, die von den Paramilitärs in den von ihnen kontrollierten Gebieten schon ausgefüllt wird, ist verdächtig und bestärkt diejenigen, die im Demobilisierungsprozess eine Legalisierung und daraus folgende Paramilitarisierung der kolumbianischen Gesellschaft vermuten.

Carlos Castaño und Salvatore Mancuso als paramilitärische Diskursprotagonisten

Ein abschließender Blick auf die beiden entscheidenden Impulsgeber für die Politisierung der AUC, Carlos Castaño und Salvatore Mancuso, verdeutlicht, wie sehr Diskurse gesellschaftliche Entwicklungen sowie Machtbeziehungen prägen, vorantreiben und als Realität konstituieren. Die diskursiven Leitlinien sind in sich keineswegs geschlossen, sondern zeigen „Reibungen zwischen konkurrierenden Formationen (...) im Gewebecharakter des Systems“ auf (Huffschmid 2004: 52). Dies lässt sich am „Verschwinden“ Castaños im April 2004 nachzeichnen.

Aufgrund Castaños zumindest diskursiver Absichtserklärung, die AUC vom eigenen Drogensumpf befreien zu wollen, was sich oberflächlich in einer Differenzierung von guten und bösen Paramilitärs niederschlug, kam es zum Dissens der verschiedenen paramilitärischen Kommandanten mit Castaño. Diese „Teilstruktur“ seines Diskurses repräsentierte den umfassenden offiziellen Diskurs (Link 1986: 6). Doch die Mehrheit der Kommandanten, die hauptsächlich aus der Gruppe der „PEPEs“ hervorgingen, schien auf die einträglichen Geschäfte aus dem Drogenhandel nicht verzichten zu wollen (ICG 2003: 8). Für sie wurde Castaño zur lästigen Figur, der den Diskurs in eine unprofitable Richtung lenkte.

Auch wenn das Verschwinden von Castaño ungeklärt ist, so hat sich doch in einem Großteil wissenschaftlicher Analysen die Ansicht durchgesetzt, dass es seine Waffenbrüder waren, die nicht dem von ihm diktierten Weg folgen wollten. Durch den mutmaßlichen Mord kam es zur Auslöschung eines unbequemen Diskursweges, der eine reelle Bedrohung ihrer Bereicherungsstrategien dargestellt hätte.

Nach Castaños Verschwinden übernahm Salvatore Mancuso die zentrale Sprecherrolle der AUC, unterstützt durch einen Führungsstab. Die Diskurslinie wird weiterverfolgt, Ernesto Báez erklärt in seiner Rede vor dem Kongress, dass die Finanzierung des Krieges durch den Drogenhandel notwendig für die Bekämpfung der Guerilla gewesen sei, doch nun biete man der Regierung an, sich in Santa Fe de Ralito, dem Ort, an dem sich die AUC-Führer zurückgezogen haben, als ein Forum mit dem Namen *Conflicto Armado y Narcotráfico: solución integral para la paz* zu organisieren. Doch diese vordergründigen Erklärungen und Versprechungen werden konterkariert durch die Forderungen der AUC an die Regierung. Sie wollen Zusicherungen gegen eine Auslieferung an die USA, wo sie wegen ihrer Verstrickungen in den Drogenhandel gesucht werden, sie lehnen die Zurückerstattung illegal angeeigneter Besitztümer ab und sind nicht bereit, sich wegen ihrer Straftaten vor Gericht zu verantworten (Kurtenbach 2005: 16).

Sowohl Castaño als auch Mancuso gelten als charismatische Charaktere, die stark an ihrer Legendenbildung arbeiten. Über beide AUC-Sprecher wurden

autobiographische Texte verfasst⁹, die auf Interviews mit ihnen basieren. Diese beiden Bücher sind in Kolumbien Kassenschlager, die man an jeder Straßenecke erwerben kann. Sie basieren auf der Legitimation der eigenen Taten, gerieren einen patriotischen Opfermythos und zeichnen ein abenteuerliches Leben nach, in dem Sex, Drugs and Crime eine herausragende Rolle spielen.

Die Verkaufszahlen und Bestsellerlisten spiegeln das allgemeine Interesse und die öffentliche Aufmerksamkeit wider, die beiden Persönlichkeiten gewidmet wird. Dies schlägt sich auch in den vielfältigen Rezensionen der beiden Monographien nieder.

Sowohl der verschwundene Castaño als auch der zum heutigen Zeitpunkt demobilisierte Mancuso sind Teil des herrschenden Diskurses, sind an seiner Produktion beteiligt, speisen ihn durch ihre Mythen, ihre Legenden sowie die Beschreibungen ihrer „heroischen“ Taten. Dies ist nach Foucaults Definition Diskurs: „Die Diskurse schaffen ihre ‚Gegenstände‘ und haben die Macht, konkrete Menschen in solche gesellschaftlichen ‚Gegenstände‘ zu verwandeln.“ (Foucault in Link 1986: 5).

Resonanz in der kolumbianischen Presseberichterstattung

Das Gespür der AUC für öffentliche Inszenierungen ist ausgeprägt. Schon vor Aufnahme der Friedensverhandlungen war das Interesse an den AUC, vor allem an der Führungsfigur Carlos Castaño, der bis ins Jahr 2000 maskiert auftrat, enorm. Er symbolisierte die Stimme der AUC und verstand darüber hinaus, sich als Sprachrohr der AUC effektiv in Szene zu setzen: Seine Maske, die an den mexikanischen Subcomandante Marcos erinnerte, seine Treffen mit Journalisten an geheimen Orten, die über abenteuerliche Wege führten und das Verbot von Fotos trugen dazu bei, eine Spannung aufzubauen, ihn zum „medialen Superstar“ werden zu lassen (Tyson 2001: 11). Auch diese Interviews Castaños waren Teil einer diskursiven Strategie auf dem Weg zur Anerkennung und Legitimierung als politischer Akteur. Castaño arbeitete mit einem Imageberater, der um die meinungsbildende Kraft der Medien wusste und diese geschickt zu lenken verstand (Estrada Gallego 2001: 40). Die AUC boten den Medien Interviews an – und die Presse reagierte begeistert, bot doch ein Interview mit einem mysteriösen Unbekannten die Möglichkeit einer Sensationsstory (ebd.).

Die AUC stellen alle sie betreffenden Zeitungsartikel auf ihre Homepage, die sehr aktuell gehalten ist. Die Aktualisierungen des Pressespiegels der Web-

⁹ Aranguren Molina, Mauricio (2001): *Mi confesión. Carlos Castaño revela sus secretos*. Bogotá: Oveja Negra; Martínez, Glenda (2004): *Salvatore Mancuso. Su Vida. Es como si hubiera vivido cien años*. Bogotá: Grupo Editorial Norma.

seite verdeutlichen am eindrucklichsten die intensive Auseinandersetzung mit den um sie entstehenden Diskursen. Sie werten die sie betreffenden Presseartikel aus und setzen sich mit aktuellen politischen Geschehnissen und Entwicklungen auseinander. Sie sind sozusagen am Puls der Zeit, was ihnen eine flexible und schnelle Möglichkeit der Reaktion erlaubt. In der Produktionswelt der Diskurse ist dies ein wichtiger Faktor.

Die Relevanz der paramilitärischen Diskursrezeption ergibt sich einerseits aus dem erforderlichen Aushandlungs- und Wirkungsraum von Diskursen, denn ein Diskurs ohne Rezeptionsraum kann keine Wirkung entfalten, sowie andererseits aus der Etablierung der durch die Diskurse generierten Machtverhältnisse. Vorausgestellt sei hier die These, dass es durch das intensive, diskursive Auftreten der Paramilitärs im öffentlichen Raum, hier vor allem durch ihre Communiqués, zu einer Wandlung ihrer Perzeption in der Öffentlichkeit kam, welche durch die Reproduktion ihrer Verlautbarungen in den kolumbianischen Medien massiv gefördert wurde. Auch ohne explizite Untersuchung des Pressediskurses auf die Verlautbarungen der AUC ist der Hinweis auf die Produktion dieses diskursiven Interaktionsverhältnisses bedeutend. Denn: Medien reproduzieren ideologische Positionen durch die Wahl bestimmter sprachlicher Mittel, die in ihrer Rezeption Diskurse stützen oder verkehren und somit eine Wirklichkeit kreieren, die ideologisch nicht neutral sein kann. Die fortschreitende Anerkennung der AUC als politischer Akteur ist ein deutlicher Hinweis hierauf.

Das journalistische Aufgreifen der paramilitärischen Ziele und Stellungnahmen führt zu einer Verbreitung der AUC-Communiqués in der an der Medienwelt partizipierende Gesellschaft und formiert deren Wahrnehmung gegenüber den Paramilitärs sowie ihrer gewandelten Selbstdarstellung. Die Vehemenz, mit der die AUC in die Medien streben und dort wirken, führt zu einer nahezu omnipräsenten Konfrontation mit ihrer konstruierten Realität als Selbstverteidigungsgruppen. Die Darstellung des paramilitärischen Phänomens und seines Transformationsprozesses lässt sich ebenfalls als voranschreitende Akzeptanz diskursiver Wirklichkeit lesen, bedingt insbesondere durch das Ineinandergehen militärischer und politischer Herrschaft der AUC in den von ihnen unabhängig dominierten Regionen.

Fazit

Mit der Veränderung äußerer Umstände wandelte sich in den letzten 20 Jahren auch die innere Struktur der AUC. Insbesondere in Regionen, in denen die AUC nach der Zerschlagung linker Milizen und der Guerilla übrig blieben, veränderte sich das eigene Erscheinungsbild: Martialisches militärisches Auftreten und brutale Massaker wurden obsolet. Die AUC übernehmen dort heute die Funktion einer autoritären Ordnungsmacht, die mit Zuckerbrot und Peitsche herrscht. In solchen Regionen haben die AUC sozial die Kontrolle und politisch die Herrschaft. Mit der Veränderung dieser Rahmenbedingungen ändern sich ebenfalls die Optionen ihres Betätigungsfeldes: Ihre Legalisierung wird in solchen Regionen die Paramilitärs stärken. Hierzu müssen freilich etliche Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Eines der größten und zentralsten stellt die Wahrnehmung der Paramilitärs im herrschenden Diskurs dar. Denn im Konflikt um die diskursive Bestimmung der AUC wird von grundsätzlich verschiedenen und gegensätzlichen Prämissen ausgegangen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, wie die Paramilitärs wahrgenommen werden, um ihre Neuverortung definieren zu können: Ob paramilitärische Einheiten beispielsweise als eigenständiger Akteur wahrgenommen werden, ob in der Erscheinungsform lokaler Bürgerwehren oder als selbständige mafiöse Banden, ob Paramilitarismus als ein bewusst geschaffenes und illegales Repressionsmittel des Staates und seiner Verfolgungsorgane betrachtet wird; ob anerkannt wird, die Paramilitärs seien bereit, die Waffen ruhen zu lassen, um sich auf friedlichem Wege ihre sozialen und politischen Gestaltungsspielräume zu suchen, oder ob ein Manöver zur Ausweitung ihrer Kompetenzen und Machtbefugnisse bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der illegalen Strukturen evident wird.

Im Diskursiven wird ein Kampf zwischen den verschiedenen Versionen der Wirklichkeit ausgetragen. Dieser Kampf ist kein Kampf, der gleichberechtigt geführt oder aufgrund der besseren Argumente gewonnen oder verloren wird. Das Sagbare wird durch den hegemonialen Diskurs bestimmt und ist gleichzeitig hegemonialen Herrschaftsstrukturen unterworfen, die an ihren Rändern die diskursiven Praktiken verlassen. In Kolumbien werden abweichende Meinungen – auch das war und ist ein konkreter Effekt des Funktionierens paramilitärischer Strukturen – mit Gewalt unterdrückt. Das heißt, dass in Regionen, die im Einflussgebiet der Paramilitärs liegen, kritische und abweichende Äußerungen gegen die Herrschenden und die offiziell herrschende Sicht der Dinge tödliche Folgen haben können. So ist es nicht der Diskurs allein, der bestimmt, was sagbar ist und was nicht. Aber innerhalb des Diskurses werden die Anomalien und Irritationen, die durch das Morden und die Einschüchterungen entstehen, weiter bearbeitet und mittels verschiedener aufgezeigter Stra-

tegien entladen: Feindbildkonstruktionen und ein Ablehnen jeglicher Verantwortung sind die Mittel, den Diskurs der Paramilitärs zu stärken.

Wie wir aufgezeigt haben, wird in den Communiqués und öffentlichen Äußerungen der AUC deutlich, dass sie den gesamten Kontext ihrer Organisation diskursiv neu zu formieren suchen: die Umstände ihrer Entstehung, die Geschichte ihrer Existenz, ihre Struktur und Funktion im kolumbianischen Konflikt und schließlich ihre Interessen als Akteur. Wesentlich ist der Versuch, über einen diskursiven Richtungswechsel die Strukturen der AUC zu transformieren: von Paramilitärs hin zu Selbstverteidigungsgruppen. Die Gründung der AUC als einheitliche politische Plattform sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen, denen keine Kriegserklärung vorausgegangen ist, stellten strategische Manöver dar, die die AUC befähigten, sich als Akteur zu artikulieren. Durch eine massive mediale Offensive gelang es den AUC, ihre Version der Wahrheit im Forum der Öffentlichkeit zu etablieren.

Literaturverzeichnis

- Amnesty international (2005): Colombia. Los Paramilitares en Medellín: ¿Desmovilización o Legalización?, in:
<http://web.amnesty.org/library/Index/ESLAMR230192005> (30.05.2006).
- Aranguren Molina, Mauricio (2001): Mi confesión. Carlos Castaño revela sus secretos. Bogotá: Oveja Negra.
- Azzellini, Dario (2003): „Kolumbien – 100 Jahre Krieg gegen die Bevölkerung“, in: Ruf, Werner (Hrsg.) (2003): Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen: Leske + Budrich, S. 235-264.
- Barón Porras, Luis Fernando et al. (2002): Estado de Alerta Continua: Noticieros y Guerra en Colombia. Bogotá: CINEP.
- Bliesemann de Guevara, Berit (2002): Die Internetseiten von Rebellenruppen in innerstaatlichen Kriegen und bewaffneten Konflikten. Eine methodische Analyse in vergleichender Perspektive am Beispiel kolumbianischer Guerillagruppen. Arbeitspapier Nr. 4/2002 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg.
- Duncan, Gustavo (2005): Del Campo a la Ciudad en Colombia. La Infiltración Urbana de los Señores de la Guerra. Documento CEDE 2005, N° 2 (enero), Bogotá: Universidad de los Andes.
- Estrada Gallego, Fernando (2001): „La Retórica del Paramilitarismo. Análisis del Discurso en el Conflicto Armado“, in: Análisis Político N° 44 (septiembre-diciembre), Bogotá: IEPRI, S. 39-57.
- García-Peña Jaramillo, Daniel (2005): „La Relación del Estado Colombiano con el Fenómeno Paramilitar: por el Esclarecimiento Histórico“, in: Análisis Político N° 53 (enero-abril), Bogotá: IEPRI, S. 58-76.

- González, Fernán E./Bolívar, Ingrid J./Vázquez, Teófilo (2002): *Violencia Política en Colombia. De la Nación Fragmentada a la Construcción del Estado*. Bogotá: CINEP.
- Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg: Argument.
- Hübner-Schmid, Katharin/Huhle, Rainer (2003): *Friedensentwicklung und Krisenprävention in Kolumbien. Studie zur zukünftigen Gestaltung des EZ-Länderprogramms*, Eschborn: GTZ Abteilung 42 Staat und Gesellschaft.
- Huffschmid, Anne (2004): *Diskursguerilla: Wortergreifung und Widersinn. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit*. Heidelberg: Synchron.
- Human Rights Watch (1998): *Guerra sin Cuartel. Colombia y el Derecho Internacional Humanitario*, in:
<http://www.hrw.org/spanish/informes/1998/guerra3C.html> (30.05.2006).
- (2001): *La Sexta División. Relaciones Militares-Paramilitares y la Política Estadounidense en Colombia*, in:
http://www.hrw.org/spanish/informes/2001/sexta_division.html (30.05.2006).
- International Crisis Group (2003): *Colombia: Negociar con los Paramilitares. Informe sobre America Latina*, N° 5, in:
http://www.crisisgroup.org/library/documents/latin_america/05_col_negotiating_esp.pdf (30.05.2006).
- Jäger, Siegfried (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Kurtenbach, Sabine (2000): „Kolumbien: Krise im Friedensprozess und Regionalisierung des Konfliktes“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, N° 22, S. 223-231.
- (2005a): *Konfliktanalyse Kolumbien*. Bogotá: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- (2005b): „Gespräche mit den paramilitärischen Gruppen in Kolumbien – Legitimation des Status quo oder Chance auf Reduzierung der Gewalt?“, in: *Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Kurzberichte aus der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Lateinamerika und Karibik*. Bonn: FES.
- Lair, Eric (1999): „El Terror, Recurso Estratégico de los Actores Armados: Reflexiones en torno al Conflicto Colombiano“, in: *Análisis Político* N° 37 (mayo-agosto), Bogotá: IEPRI, S. 131-162.
- Lengert, Kris (2006): *Legitimierung und Transformation paramilitärischer Strukturen in Kolumbien*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Berlin.
- Link, Jürgen (1986): „Noch einmal: Diskurs. Interdiskurs. Macht“, in: *kultuRRevolution*, N° 11, S. 4-7 und 70-71.
- Martínez, Glenda (2004): *Salvatore Mancuso. Su Vida. Es como si hubiera vivido Cien años*. Bogotá: Grupo Editorial Norma.
- Oldenburg, Silke (2006): *Lebensverhältnisse und Zukunftsperspektiven jugendlicher Binnenflüchtlinge in Altos de Cazucá. Eine ethnologische Fallstudie*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Berlin.

- PNUD (2003): Informe Nacional de Desarrollo Humano 2003 – El Conflicto, Callejón con Salida, in: <http://www.pnud.org.co/> (30.05.2006).
- Romero, Mauricio (2003): Paramilitares y Autodefensas 1982-2003. Bogotá: Editorial Planeta/IEPRI.
- Semana, Archivo Septiembre 2004: „Rapanazo de los Paras al Erario Público“, in: http://historicos.elespectador.com/periodismo_inv/2004/septiembre/nota4.htm (30.05.2006).
- Tyson, Jhony (2001): „Der Massenmörder als Superstar. Carlos Castaño, der Chef der kolumbianischen Paramilitärs“, in: *ila*, N° 245, S. 11-13, in: <http://www.ila-bonn.de/artikel/245massenm%F6rder.htm> (30.05.2006).
- Zelik, Raul (2005): Staat und Gewaltzustand. Der kolumbianische Paramilitarismus vor dem Hintergrund der Debatte um Neue Kriege und Staatszerfall, in: <http://www.raulzelik.net/textarchiv/kolum-index.htm>. (30.05.06).
- Zinecker, Heidrun (2004): Drogenökonomie und Gewalt. Das Beispiel Kolumbien. HSFK Report, 5/2004, Frankfurt/M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Quellennachweise

Nachfolgende Texte wurden der Homepage der AUC entnommen und sind, soweit nicht anders vermerkt, aufgeführt und einsehbar unter:

http://colombialibre.org/index_sec.php?banner=Editorial&nreg=0 und
http://colombialibre.org/index_sec.php?banner=Comunicados&nreg=0.
 (Zuletzt eingesehen am 1.9.2005)

27 años de lucha por la paz, Ramón Isaza Arango, 22.02.2005.

Desmovilización responsable y reinserción productiva, Jorge40, 02.03.2005.

Después de la tempestad viene la calma y de su mano la especuación, Julián Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 07.06.2005.

El Estatus político: connatural a la Autodefensa, Adolfo Paz, o.D.

En febrero habrá una sola mesa con todas las autodefensas y el gobierno, Entrevista a Carlos Castaño, Januar 2004.

Honorables Congresistas: Pedimos la palabra, Julián Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 15.03.2005.

Honorables Congresistas: Ustedes tienen la palabra, Julián Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 21.04.2005.

La amarga obligación de la Autodefensa, Carlos Castaño, 20.09.2002.

La Paz: Justicia o Venganza?, Adolfo Paz, Gabriel Galindo, 13.08.2004.

La paz sí es posible y los colombianos no estamos solos para lograrla, Carlos Castaño, 01.01.2004.

Las AUC siguen siendo políticas y legítimamente válidas como interlocutores del conflicto colombiano, Carlos Castaño, Iván Roberto Duque, Salvatore Mancuso, Vicente Castaño. Colombia, 09.10.2002.

Más sobre el proceso con las AUC, Carlos Castaño, 07.08.2003.

No voy a volver al Monte, Entrevista a Salvatore Mancuso, Revista Semana, 17.04.2005.

Nuestra verdad ante el país y el mundo, Julián Bolívar, Ernesto Báez de la Serna, Ramón Isaza Arango, 23.02.2005.

Orgullo y vergüenza en las AUC, Carlos Castaño, 29.04.2002.

Todas las Autodefensas, comprometidas con la Paz, Carlos Castaño, 12.08.2002.

¿Qué pasaría si se frustra el proceso de desmovilización de las Autodefensas?, Carlos Castaño, 03.09.2003.

Queremos cambiar las armas por las palabras, Slogan auf der Titelseite der Homepage, www.colombialibre.org, eingesehen am 01.06.2004.

¿Qué va a pasar con las Autodefensas?, Carlos Castaño, 01.01.2004.